

# Indien im Überblick

zusammengestellt von Thomas Stauber

## „Langer Marsch“ der Bauern in Maharashtra

Zehntausende Landarbeiter/-innen, Farmer und Tagelöhner haben mit einem einwöchigen Protestmarsch auf ihre prekäre Situation in der Landwirtschaft aufmerksam gemacht und Unterstützung durch die Regierung eingefordert. Der 180 Kilometer lange Marsch durch Maharashtra erreichte am 12. März die Wirtschaftsmetropole Mumbai. Der von der *All India Kisan Sabha* (All India Peasants Union) initiierte und organisierte Protest forderte Schuldenerlass für verarmte Bauern, faire Preise und staatliche Unterstützung für die seit Jahren vernachlässigte Landwirtschaft. Mehr als die Hälfte der indischen Bevölkerung ist in der Landwirtschaft tätig, ihr Anteil am Bruttoinlandsprodukt beträgt jedoch nur knapp über 15 Prozent. Die Mainstream-Medien versuchten, den Protestzug zu diskreditieren. Teilnehmende wurden als „Barfuß-Maoisten“ und „Chaoten“ verunglimpft. Hingegen begegnete Mumbai dem Protestzug mit viel Verständnis und Empathie. Die Landesregierung hat angekündigt, mit dem Schuldenerlass ernst zu machen. Doch langfristig sehen Agrarwissenschaftler einen Ausweg aus der Dauerkrise vor allem im Anbau von nachhaltigen und weniger bewässerungsintensiven Nutzpflanzen.

## Indiens größter Bankenbetrug

Die *Punjab National Bank* (PNB) steht im Mittelpunkt des vermutlich größten Bankenbetrugs in Indien. Nach eigenen Angaben sei PNB durch falsche Bürgschaften um mindestens 1,9 Milliarden US-Dollar geprellt worden. Im Zentrum der Ermittlungen steht derzeit – neben mehreren Angestellten der PNB – der indische Diamanten-Zar Nirav Modi. Er soll Indien längst verlassen haben und trat zuletzt auf dem Weltwirtschaftsforum in Davos auf. Bankangestellte einer PNB-Filiale in Mumbai hatten für Nirav Modi gefälschte Bürgschaften ausgestellt. Die üblichen *Letters of Undertaking* waren nicht in den Büchern vermerkt, sondern am bankinternen Kontrollsystem vorbei ausgestellt worden. Modi konnte mithilfe solcher Bürgschaften riesige Kredite einsammeln. Eine Prüfung seiner Kreditwürdigkeit wurde offensichtlich nicht vorgenommen und er musste keine Sicherheiten bei der PNB hinterlegen. Der Betrugsfall offenbart die immer noch fehlende Kontrolle und Regulierung des Sektors. Indische Banken sollen auf faulen Krediten im Gesamtwert von über 150 Milliarden US-Dollar sitzen.

## Behörden verweigern Schweizer Diplomaten die Einreise

Die indischen Behörden haben dem früheren Schweizer Diplomaten Kurt Vogele die Einreise verweigert. Am Flughafen von Ahmedabad wurde dem 75-jährigen nach seiner Landung am 22. Januar mitgeteilt, dass er nicht einreiseberechtigt sei. Gründe wurden ihm nicht genannt. Vogele, der viele Jahre auch für die *Swiss Development Cooperation* in Indien arbeitete, war Anfang des Jahres zu einer NGO-Veranstaltung in Gujarat eingeladen worden. NGO-Kreise vermuten, dass das Einreiseverbot mit der Unterstützung der *Swiss Development Cooperation* für die in Gujarat arbeitende Menschenrechtsorganisation *Navsarjan Trust* zusammenhängt. Der Trust engagiert sich insbesondere für die Sache der Dalits. Vogele war auf Einladung des ehemaligen Leiters der Menschenrechtsorganisation nach Indien gereist.

## Wahlen im Nordosten – beachtliche Zugewinne für Modi

Beinahe 25 Jahre war das nordöstliche Tripura fest in der Hand der *Communist Party of India - Marxist* (CPI (M)). Wider Erwarten konnte bei den Wahlen im drittkleinsten Bundesstaat die *Bharatiya Janata Party* (BJP) einen erdrutschartigen Sieg einfahren. Vor dem diesjährigen Urnengang verfügte die Modi-Partei in Tripura über keinen einzigen Sitz, nun hat sie in Koalition mit der lokalen *Indigenous People's Front of Tripura* (IPFT) 43 Sitze gewonnen. Die Linke verfügt nur noch über 16 Sitze nach vormals 49. Verlierer ist zudem die Kongress-Partei: weite Teile ihrer Wählerschaft sind zur BJP übergelaufen. Beinahe 80 Prozent der Neustimmen für die BJP kamen aus den *Congress*-Reihen.

Auch in Nagaland musste der *Congress* herbe Verluste hinnehmen und holte lediglich zwei Prozent der Stimmen. Die regionale Gewinnerin ist die neu gegründete *Nationalist Democratic Progressive Party* (NDPP). Gemeinsam mit der *Janata Dal (United)* und der BJP kommt sie auf einen Stimmenanteil von 40 Prozent. Die BJP allein erhielt knapp 15 Prozent. Die Menschen in Nagaland, das von Christen dominiert wird, standen der BJP bislang eher skeptisch gegen. In der Tat konnte die BJP nicht die erhofften Stimmenanteile gewinnen. Nicht zuletzt weil die *Nagaland Baptist Church* (NBC) sehr klar ihre Ablehnung kom-

muniziert und eine Kampagne gegen die BJP als Fürsprecherin der Hindutva-Bewegung unterstützt hatte. Die Koalition aus den drei Parteien stellt die Regierung.

Das nordöstliche Meghalaya wählte am 27. Februar. Die neue Regierungskoalition wird von der *National People's Party* (NPP) angeführt und zählt neben der BJP auch die *North East Democratic Alliance* (NEDA) zu ihren Partnern. Der NPP-Vorsitzender Conrad Sangma wurde als *Chief Minister* vereidigt. Der Kongress konnte zwar als stärkste Einzelpartei aus den Wahlen hervorgehen, blieb jedoch unter der notwendigen Mehrheit von 31 Sitzen im Parlament. Viele junge Leute und Studierende gaben einer BJP-Koalition mit einer der regionalen Parteien den Vorzug. Die hindunationalistische Agenda der BJP rückte in den Hintergrund. Dies erstaunt insofern, als ein Großteil der Einwohner/-innen Meghalayas zu den Khasi gehört, die zu 85 Prozent Christen (zumeist Presbyterianer) sind.

Wenngleich man nicht von einer *Saffron Surge* sprechen kann, hat die BJP mit den Wahlen in Tripura, Meghalaya und Nagaland ihren Einfluss im Nordosten stark ausweiten können. Zwar musste sie jüngst bei Nachwahlen für das Unterhaus in Uttar Pradesh empfindliche Niederlagen einstecken, doch das scheint derzeit wenig an der Machtverteilung ändern zu können: Die BJP regiert mittlerweile in 21 Bundesstaaten direkt oder ist an der Regierung beteiligt. Der Kongress kann in lediglich drei Bundesstaaten sowie auf dem Unionsterritorium Puducherry die Regierung stellen. Die CPI (M) stellt einzig in Kerala den *Chief Minister*.

### Gerichtsurteil im Wasserstreit

Im seit über einhundert Jahre andauernden Wasserstreit zwischen den Bundesstaaten Karnataka und Tamil Nadu fällt der indische *Supreme Court* ein Urteil. Der Kaveri-Fluss versorgt große Teile der beiden südlichen Bundesstaaten mit Trinkwasser. Er entspringt in der Kodagu-Region (Karnataka) und mündet nach mehr als 760 Kilometern bei Puhar in Tamil Nadu ins Meer. Das Gericht hat entschieden, die Wassermenge nach einer ausgeklügelten und umstrittenen Verteilungsformel für Karnataka zu erhöhen und für Tamil Nadu zu senken. Dabei kommt die Hauptstadt Karnatakas, Bengaluru, besonders gut weg. In Tamil Nadu sorgt sie hingegen für Unmut, denn dort sind viele Farmer für ihre Ernten auf die Versorgung mit Wasser aus dem Kaveri angewiesen.

### Ayodhya-Kampagne schürt Hass

Rechte Hindu-Gruppierungen (*Rashtriya Swayamsevak Sangh* und *Vishva Hindu Parishad*) haben einen Marsch zur Wiederbelebung der Ram-Tempelbewegung initiiert. Der Marsch führte durch die Bundesstaaten Uttar Pradesh, Madhya Pradesh, Maharashtra, Karnataka, Andhra Pradesh und sollte am 24. März in Tamil Nadu enden. Ursprünglich hatte der Ministerpräsident von Uttar Pradesh, Yogi Adityanath, den Startschuss geben wollen. Da es jedoch der BJP zu heikel schien, ihre Nähe zu den rechten Randgruppen allzu öffentlich zu demonstrieren, sagte Adityanath seine Teilnahme kurzfristig ab. Ziel der Kampagne ist es, in Ayodhya auf den Fundamenten der Babri-Moschee einen Tempel zu erbauen.

### Neuer Haushalt – viele Versprechungen

Am 1. Februar stellte der indische Finanzminister Arun Jaitley den Haushalt für das Finanzjahr 2018/2019 vor. Nach Ansicht zahlreicher politischer Kommentatoren enthält das Budget viele Absichtsbekundungen, aber wenig Konkretes. Prominent herausgestellt und von den meisten Medien aufgegriffen wurden neue oder neu verpackte Regierungsprogramme in den Bereichen Gesundheit und ländliche Entwicklung. Wahltaktische Überlegungen veranlassten die Regierung, sich eine zaghafte Besteuerung der Mittelschichten und der Finanzmärkte vorzunehmen. Es wird die ländliche Bevölkerung sein, die über die nächste Unionswahl entscheidet. Dementsprechend nahmen Landwirtschaft, Gesundheitsversorgung und Krankenversicherungen den größten Raum bei der Präsentation des Budgets ein.

### „Taj Mahal wird Tempel“

Ein Abgeordneter der regierenden BJP hat dazu aufgefordert, das Mausoleum in einen Tempel umzuwidmen. Vinay Katiyar sagte lokalen Medien, es sei schon im Namen kein großer Unterschied auszumachen zwischen „Taj“ und „Tej“ (Tempel) Mahal. Mit seiner Provokation rief Katiyar die Behauptung hindunationalistischer Gruppen in Erinnerung, deren Ideologie zufolge vor dem Bau des Taj an derselben Stelle ein Tempel gestanden habe: „Das war unser Tempel. Der Taj Mahal wird schon bald wieder in einen Tempel umgewidmet“, so der BJP-Abgeordnete. Katiyar ignoriert bewusst Untersuchungen und Aussagen von Archäologen, dass an dieser Stelle nie ein Tempel gestanden habe. Rechte Kräfte lassen nichts unversucht, historische Gewissheiten infrage zu stellen, um die islamisch-indische Geschichte auszuradieren oder zu verfälschen.

## Amnesty-Bericht mahnt Situation von Minderheiten an

Südasiens ist für (religiöse) Minderheiten eine der gefährlichsten Regionen weltweit. Zu diesem Schluss kommt Amnesty International in seinem jüngsten Bericht Anfang 2018. Gerade Indien sei ein potenzieller Brandherd: Religiöse Minderheiten würden zunehmend von Hindunationalisten, regierungsnahen Medien und rechten Behördenvertretern angefeindet. Insbesondere Muslime seien Opfer von Gewalt und Hass. Nicht wenige Täter würden von Mitgliedern der Regierungspartei protegiert, die ihre Sympathien teils offen zur Schau tragen. Zudem weist der Bericht auf Straftaten gegen indigene Völker (Adivasi) hin. Im Jahr 2016 waren es über 6500 bekannt gewordene Fälle. Amnesty beklagt zudem die Lage in Kaschmir: Über 100.000 Menschen seien in diesem Konflikt bislang ums Leben gekommen. Im Jahr 2017 wurden insgesamt 111 Menschen getötet und fast 2400 verletzt.

## Modis Visiten

Der Besuch des indischen Premiers und seine Eröffnungsrede auf dem Weltwirtschaftsforum im schweizerischen Davos am 23. Januar 2018 wurden daheim in Indien mit Spannung erwartet. Modi wollte mit seinem Besuch für weitere Investitionen und stärkeres Engagement multinationaler Unternehmen werben. In erster Linie war seine Eröffnungsrede dann aber an das indische Publikum gerichtet: In der ausschließlich auf Hindi gehaltenen Ansprache behandelte er die Gefahren des Terrorismus, des Klimawandels und des Protektionismus. Doch entgegen der Rhetorik ist Indien recht protektionistisch aufgestellt und schottet sich mehr ab als viele andere Volkswirtschaften, etwa die USA oder China. Modi buhlte mit PR-Sprech um weitere *Foreign Direct Investments*: „Statt des roten Absperrbandes haben wir den roten Teppich ausgerollt.“ Der Premier machte sich zudem für mehr erneuerbare Energien stark. Dies bedeutet nicht, dass Indien sich von den Risikotechnologien und -energien verabschieden möchte, sondern setzt verstärkt auf Atomenergie und bleibt der Kohle treu.

Eine nächste Visite führte Premier Modi vom 9. bis 12. Februar nach Palästina, die Vereinigten Arabischen Emirate, das Sultanat Oman und Jordanien. Sein Zusammentreffen mit Palästinenser-Präsident Abbas in Ramallah wird als historisch bezeichnet, da mit Modi zum ersten Mal ein indischer Premierminister Palästina besucht hat. Traditionell pflegt Indien

sehr gute Beziehungen zu den Palästinensern. Indira Gandhi war PLO-Chef Arafat freundschaftlich verbunden. Modi bemüht sich hingegen, Parteinahme zu vermeiden, so dass sich die israelisch-indischen Beziehungen entspannt haben. Modis Besuch in den Vereinigten Arabischen Emiraten galt einerseits der indischen Diaspora. Insgesamt leben in den Emiraten neun Millionen Inder/-innen. Andererseits ist Indien für die arabischen Staaten ein wichtiger Absatzmarkt, insbesondere für die Öl- und Flugzeugindustrie, sowie ein Lieferant kostengünstiger Technologie und billiger Arbeitskräfte. Mit Oman wurde ein Vertrag über die Nutzung des Hafens von Duqm unterzeichnet, für Indien Zugangspunkt nach Westasien und Ostafrika sowie Gegengewicht gegen chinesische Expansionstendenzen im Indischen Ozean. Der Hafen soll auch als Militärbasis dienen.

## Massives Datenleck bei Aadhaar

Journalisten der indischen *Tribune* haben herausgefunden, dass sich sensible Personendaten aus der angeblich sicheren Aadhaar-Datenbank gegen Geld beschaffen lassen. Die Datenbank speichert die persönliche Identifikationsnummer sowie biometrische und biographische Daten eines Bürgers. Zunächst wurde von offizieller Seite abgestritten, dass es den Reportern überhaupt gelungen sei an Daten zu gelangen. Dann erstattete man Anzeige gegen die *Tribune* und warf den Journalisten vor, es handele sich um eine konzertierte Aktion, mit der das Aadhaar-Vorhaben in der Öffentlichkeit schlechtgemacht werden solle. Missbrauch wurde von den Behörden stets ausgeschlossen. Nun zeigt sich, dass die Gefahren real sind. Die Aadhaar-Behörde selbst kann für den fahrlässigen Umgang mit sensiblen Daten mitverantwortlich gemacht werden. Sie hatte die Erfassung der Daten an kleine Dienstleister und Agenturen ausgelagert, ohne sie hinreichend kontrollieren zu können.

## Angriff auf Militärstützpunkt in Kaschmir

Nach einem Angriff militanter Kräfte auf den indischen Militärstützpunkt Sunjuwan in Jammu am 9. Februar hat Indien seine Drohungen gegen Pakistan verschärft. Es macht Pakistan für die Anschläge mitverantwortlich. Die pakistanische Armee unterstütze militante jihadistische Gruppen bei ihren Versuchen, indisches Gebiet zu infiltrieren. Unter Verdacht steht die Jihadisten-Gruppierung *Jaish-e-Mohammad*. Das hätten Geheimdienstberichte bestätigt. Bei dem Angriff waren elf Menschen ums Leben gekommen. Un-

terdessen provozierte der hindunationalistische RSS die indische Armee mit der Aussage, gegen solche Angriffe nicht ausreichend gewappnet zu sein und viel zu langsam zu einem „Gegenschlag“ auszuholen. Während die Armee sechs Monate für eine Mobilisierung brauche, könne der RSS das in drei Tagen schaffen. Der Angriff auf den Stützpunkt erfolgte am Todestag des Separatistenführers Afzal Guru, der von Indien zum Tode verurteilt und 2013 gehängt worden war.

### Energieminister will Strom exportieren

Der indische Minister für Energie R.K. Singh hat angekündigt, Strom auch in andere Länder exportieren zu wollen. Singh sagte auf einer Konferenz des staatlichen Energieversorgers *National Thermal Power Corporation Limited*, dass die Kraftwerke in Indien nicht voll ausgelastet seien. Daher müsse man sich überlegen, andere Märkte wie Sri Lanka, Nepal und Bangladesch zu bedienen: „Die Nachfrage ist da. Wir müssen uns dieser Nachfrage öffnen. Denn diese Länder sind unterversorgt“, so der Minister. Seine Euphorie überrascht, denn noch immer haben über 240 Millionen Menschen im Land keinen Zugang zur Elektrizität. Ganze Branchen kämpfen immer wieder mit unzuverlässiger Stromversorgung. Zivilgesellschaftliche Organisationen mahnen daher, die Energieversorgung als öffentliches Gut zu betrachten und zunächst alle Menschen in Indien mit Strom zu versorgen, bevor die Frage nach Energieexporten überhaupt gestellt werden könne.

### Kohle-Monopol fällt

Den Grundstein hatte die Modi-Regierung bereits im Jahr 2015 mit dem *Coal Mines (Special Provisions) Act* gelegt, nun vollzieht sie die „Reform“ hin zur Marktöffnung. Jetzt dürfen auch private Unternehmen fossile Energieträger in Indien abbauen. Damit endet nach 45 Jahren das Monopol des Staatsunternehmens *Coal India Limited*. Indira Gandhi hatte 1973 die Verstaatlichung des Kohleabbaus eingeleitet und den Verkauf monopolisiert. Die jetzige Öffnung des Marktes bezeichnet der zuständige BJP-Minister Piyush Goyal (Kohle und Eisenbahn) als ambitionierteste Reform auf dem Kohlesektor seit der Verstaatlichung. Er zeigte sich überzeugt, dass der Schritt für alle Beteiligten nur Vorteile habe. Die globalen *Big Players* wie *Rio Tinto*, *BHP Billiton* oder auch *Vedanta* haben bereits Interes-

se bekundet. Indien ist der größte Kohleimporteur weltweit und der drittgrößte Produzent nach China und den USA.

### Netanyahu-Besuch – Wirtschaftsbeziehungen und Gedenken

Anlässlich des 25-jährigen Bestehens bilateraler Beziehungen zwischen Indien und Israel stattete der israelische Premier Benjamin Netanjahu Indien vom 14. bis 19. Januar einen Besuch ab. Im Mittelpunkt standen Wirtschaftsbeziehungen und Wirtschaftsverträge. Mit ihrer Hilfe sollen der „bilaterale Handel und die Wirtschaftskooperationen“ gestärkt werden. Im Rüstungsbereich ist Indien der größte Absatzmarkt für Waffen *Made in Israel*. Etwa eine Milliarde US-Dollar gab Indien in den vergangenen Jahren für Militärgerät aus israelischer Produktion aus. Das sind 45 Prozent der gesamten Waffenverkäufe Israels. Netanjahu nutzte seinen Besuch, um an einer Gedenkzeremonie im *Taj Mahal Hotel* für die Opfer der Terroranschläge vom 26. November 2008 in Mumbai teilzunehmen. Bei den Anschlägen waren mindestens 174 Menschen ums Leben gekommen – unter anderem auch in einem jüdischen Chabad-Haus.

### Kanadas Premier Trudeau – Besucher zweiten Ranges?

Der kanadische Premier Trudeau hat bei seinem einwöchigen Indien-Besuch Ende Februar zahlreiche Bundesstaaten bereist und vielseitige Gespräche mit Vertretern von Politik, Religion, Wirtschaft und Kultur geführt. Ein Zusammentreffen mit dem indischen Premier war erst für den vorletzten Tag seiner Reise vorgesehen. Das klingt ungewöhnlich, denn üblicherweise treffen sich Regierungschefs zu Beginn. Vermutet werden Spannungen zwischen den Regierungen, nachdem indische Medienberichte und BJP-Politiker der kanadischen Regierung „Unterstützung“ von Khalistan-Separatisten in Kanada vorgeworfen hatten. Tatsächlich gibt es in der kanadischen Sikh-Community separatistische Kräfte. Der Vorwurf, dass auch Regierungsmitglieder zu den Unterstützern zählen, konnte bislang nicht belegt werden. Trudeau betonte bei einer Podiumsdiskussion einmal mehr die offizielle Haltung, nach der seine Regierung ein geeintes Indien unterstütze. Trudeau verfolgt mit seiner Reise möglicherweise auch innenpolitische Ziele. In Kanada stehen im nächsten Jahr Wahlen an, an denen auch 1,2 Millionen Indo-Kanadier/-innen teilnehmen können.